

## **Beschluss des Landrats vom 14.12.2022**

Nr. 1910

### **22. Endometriose Aufklärung** 2022/170; Protokoll: ak, ama

Wie Landratspräsidentin **Lucia Mikeler Knaack** (SP) erklärt, lehne der Regierungsrat das Postulat ab.

Postulant **Florian Spiegel** (SVP) ist deutlich anderer Meinung als der Regierungsrat. Wenn man die Stellungnahme gelesen hat, wird einem klar, dass diese von einem Mann verfasst worden ist. Der Regierungsrat macht sich sehr viel Mühe damit aufzuzeigen, weshalb es nicht sinnvoll sein soll, den Vorstoss zu überweisen. Er geht auf die Krankheit selber und auch auf die medizinische Versorgungslage sowie die Aufklärung an den Schulen ein. Es ist immer schön, wenn der Regierungsrat in seinen ablehnenden Stellungnahmen eigentlich schon die Grundlage dafür schafft, weshalb ein Vorstoss eben doch überwiesen werden soll.

Faktisch ist jede zehnte Frau von dieser Krankheit betroffen. Bei über 4 Millionen Frauen in der Schweiz macht das 400'000 Betroffene. Der Regierungsrat schreibt aber: «Junge Frauen sind selten von der Krankheit betroffen (10-15-jährig: 0,05%, 15-20-jährig 2,55%, gemäss einer Studie aus dem Jahr 2012).» Es ist immer gut, über die Aktualität eines Themas zu reden, wenn die einzige Studie, die man hat, zehn Jahre alt ist. Dass der Regierungsrat sich auf eine so alte Studie stützen muss, sollte ihn doch eigentlich schon stutzig machen; hat es aber nicht. Der Verweis auf die geringe Anzahl sehr junger Betroffener zeigt gerade, dass der Verfasser der Stellungnahme sich mit dem Thema nicht sehr gut auskennt. Denn bei den meisten Betroffenen beträgt der Leidensweg etwa zehn Jahre, bis die Krankheit überhaupt erkannt wird. Wenn man dazu weiss, in welchem Alter etwa die ersten gynäkologischen Untersuchungen anfangen, und dies zusammenzählt, wird man immer auf ein Alter von über zwanzig Jahren kommen. Die Argumentation ist also nicht ernst zu nehmen. Denn die Krankheit wird, selbst wenn sehr junge Frauen sie schon haben, in der Regel erst zehn Jahre später erkannt. Das belegt die Notwendigkeit des Postulats. Es gibt aktuell keine Heilungsmöglichkeiten, darum geht es im Vorstoss auch nicht. Sondern es geht einzig und allein darum, dass der Leidensweg von etwa 10 % aller Frauen von durchschnittlich zehn Jahren bis zur Diagnose verkürzt werden soll. Bei jeder vierten Frau, die nicht schwanger werden kann, ist ebenfalls diese Krankheit die Ursache.

Das Problem verursacht immense Gesundheitskosten in horrender Höhe. Wenn die Krankheit endlich festgestellt wird, ist sie schon so weit fortgeschritten, dass es bereits Auswucherungen im ganzen Magenbereich gibt, die oft nur noch operativ entfernt werden können. Im Gespräch mit den zuständigen Fachärzten am Universitätsspital Basel haben diese der ihnen unterbreiteten regierungsrätlichen Stellungnahme das Prädikativ «sehr schwach» ausgestellt. Denn zur Zeit gibt es eindeutig viel zu wenig Vorsorge, insbesondere an den Schulen, wo es sehr einfach wäre, auf diese Krankheit hinzuweisen. Das Unispital hat inzwischen extra eine Fachärztin, die den Bereich Aufklärung erarbeitet zwecks Umsetzung durch den Kanton Basel-Stadt. Jetzt wäre also der richtige Zeitpunkt für Baselland, sich einzuklinken und daran teilzunehmen. Mit früher Aufklärung könnte man so viel bewirken wie zu kaum einem anderen Thema. Deshalb soll das Postulat überwiesen werden.

**Christina Jeanneret-Gris** (FDP) weiss gerade nicht mehr, ob sie sich in einer medizinischen Fortbildung oder in einer Landratssitzung befindet. Sie nimmt Regierungsrat Thomas Weber und seine VGD in Schutz: Das sind keine Ärzte. Es gibt tatsächlich keine neuere Studie. Tatsächlich steht die Medizin immer wieder vor der Situation, dass Patientinnen eine seltene Krankheit haben.

Die Zahl von 10 % an Endometriose erkrankten Frauen ist viel zu hoch gegriffen, das ist schlicht kaum möglich. Was das Postulat aufgreift, geht auf Dr. Google zurück und ist ausgesprochen unspezifisch, so dass kein Arzt überhaupt auf die Idee käme, eine Endometriose zu vermuten. Man darf ruhig den Ärzten und ihrem Können etwas vertrauen. Wenn Frauen wirklich mit ihren Beschwerden früh genug zu Ärzten gehen, denken sie an die Möglichkeit einer Endometriose – auch die Chirurgen. Man darf aber nicht Thomas Weber vorwerfen, spezifische Krankheitsbilder nicht zu kennen; das ist nicht sein Job. Das Postulat ist abzulehnen.

**Simone Abt** (SP) bringt dem Vorstoss Sympathien entgegen, und die Anteilnahme des Postulanten gegenüber der Problematik der Endometriose rührt sie. Trotzdem hat die SP-Fraktion nach Diskussion beschlossen, dem Regierungsrat zu folgen und den Vorstoss nicht zu überweisen. Sie ist der Auffassung, dass diese Thematik nicht in den Präventionsunterricht an den Schulen gehört. Denn es ist nicht unbedingt eine Krankheit, gegen die man irgendetwas durch eigenes Verhalten unternehmen kann – ausser dass man die Symptome bemerkt und damit zur Ärztin geht. Prävention an den Schulen zielt eher auf jene Situationen ab, wo man durch bestimmtes Verhalten und gute Information den Gesundheitszustand positiv beeinflussen kann. Das ist bei Endometriose nicht der Fall; hier scheint es aber Schwierigkeiten beim Diagnostizieren zu geben. Man müsste also dort Massnahmen ergreifen und nicht die Schulen in die Pflicht nehmen wollen. Das ist nicht die richtige Stelle.

**Béatrix von Sury d'Aspremont** (Die Mitte) betont, Endometriose sei eine deutlich weiter verbreitete Krankheit als gemeinhin angenommen. Bei der Ursachenforschung harzt es noch immer. Auch in der Fraktion Mitte/glp hat man Kenntnis von etlichen von dieser Krankheit betroffenen Frauen. Sie hat das Thema kontrovers diskutiert. Dabei wurde die Frage gestellt, ob es wirklich die Aufgabe der Schulen ist, in diesem Bereich Aufklärungsarbeit zu betreiben. Die Fraktion ist dazu geteilter Meinung. Die Mehrheit sieht keinen Mehrwert; denn wenn die Schule diesbezüglich mehr Aufgaben übernehmen soll, gäbe es auch andere Krankheiten, zu denen besondere Informationsarbeit notwendig wäre, etwa Diabetes, wo vieles vom eigenen Ernährungsverhalten abhängt. Es müsste vielmehr die Aufgabe der Kinder- und Hausärzte und selbstverständlich der Gynäkologen und Gynäkologinnen sein, über diese Krankheit zu informieren, und zwar schon im frühen Alter. Bei ihnen liegt die Verantwortung, gerade angesichts der langen Dauer bis zur Aufklärung.

**Marcel Zimmermann** (Die Mitte) nimmt das Stichwort «Diabetes» auf. Er ist als davon Betroffener auf der Seite des Postulanten. Ihm hat in der Schule nie jemand irgendetwas von Diabetes gesagt, und plötzlich – mit 29 Jahren – wurde ihm eröffnet, er habe Diabetes. Da ist er ganz klein geworden; es gab von niemandem Unterstützung, man muss sich selber aus diesem Loch herausholen. Weshalb also soll die Schule nicht auch solche Krankheiten ansprechen? Sie spricht viel anderes an, wo man sich als Vater manchmal fragt, womit die Kinder nach Hause kommen... Man könnte das Thema doch ansprechen, so dass die Schülerinnen zumindest einmal davon gehört haben, das reicht aus. Wer Menschen kennt, die diese Krankheit haben und darunter leiden, will vermeiden, dass jüngere Leute in die gleiche Lage kommen, ohne zu wissen, was das Problem ist. Es gibt viele Diabetiker. Aufmerksamkeit erregen sie nur, wenn ihnen die Hände amputiert werden müssen oder sie erblinden. Hätten sie es früher gewusst, hätte man ihnen helfen können. Im Interesse der Betroffenen ist das Postulat zu unterstützen.

**Erika Eichenberger Bühler** (Grüne) gibt bekannt, dass die Fraktion Grüne/EVP grossmehrheitlich die Ablehnung des Postulats beschlossen habe. Es stellt sich die Frage nach der Abgrenzung zwischen Schule und Medizin. Wichtig ist, dass Lehrpersonen aufmerksam sind, wenn sie bei einzelnen Schülerinnen etwas beobachten, das genauer abgeklärt werden müsste – dazu gehört sicher auch häufiges Fehlen wegen schweren Menstruationsbeschwerden. Dann sollten sie darauf ange-

sprochen werden, das Problem sorgfältig beim Arzt oder der Ärztin abklären zu lassen. Nicht nur in diesem Fall, sondern auch wenn Schüler oder Schülerinnen häufig fehlen oder sie sonst eine Beobachtung machen, sind die Lehrpersonen in der Pflicht, dabei sorgfältig beratend zur Seite zu stehen.

**Marco Agostini** (Grüne) findet es gut, dass der Postulant das Thema angesprochen hat. Er weiss selber noch nicht, ob er Ja oder Nein sagen wird. Aber eine Sache ist für ihn – aus eigener Erfahrung als Vater – ganz wichtig: Kinder und Jugendliche sind so oder so zwischen 10 und 20 Jahren in einem schwierigen Alter. Man muss gut aufpassen, was man ihnen sagt. Denn man könnte auch Ängste auslösen. Wenn man anfängt, alle Krankheiten schon mit Kindern zu thematisieren, kann das Probleme verursachen. Marco Agostini ist wegen der Ängstlichkeit seiner Mutter in Sachen Gesundheit selber zu einem Angsthasen und Hypochonder geworden. Mit dem Vorstoss könnte man vielleicht 5 oder 10 % der Mädchen helfen – aber was würde es bei allen anderen auslösen? Man muss vorsichtig unterscheiden, was die Schule tun soll und wofür eigentlich die Eltern zuständig sind. Sie sollten wissen, wie viel sie ihren Kindern zutrauen können; ein Lehrer oder eine Lehrerin kann das vielleicht weniger gut, sondern löst vielleicht sogar ungewollt bei anderen Ängste aus. Vielleicht sollten Eltern besser informiert werden, damit sie besser abschätzen können, was ihr Kind aushält und was nicht.

Landratspräsidentin **Lucia Mikeler Knaack** (SP) unterbricht an dieser Stelle die Debatte für die Mittagspause; das Geschäft wird am Nachmittag weiter beraten. Auf ihren Plätzen finden die Ratsmitglieder einen süssen Sternengruss aus Bottmingen vor, den eine liebe Kollegin der Präsidentin selber für den Landrat gebacken hat; sie wünscht guten Appetit. *[Applaus]*

*[Fortsetzung der am Vormittag unterbrochenen Beratung.]*

**Sven Inäbnit** (FDP) sagt, es gebe rund 30'000 Krankheiten, etwa 6'000 davon sind selten. Würde Florian Spiegel an jeder Landratssitzung einen Vorstoss zu einer Krankheit einreichen, würde er 1'500 Jahre im Landrat sitzen müssen, was die Amtszeitbeschränkung nicht zulässt. Es ist zwar durchaus positiv, dass sich der Landrat heute über das Thema Endometriose unterhält, jedoch sollte im Schulunterricht das Thema Gesundheitskompetenz generell ins Zentrum gestellt werden. Junge Menschen sollen sich selbst besser kennenlernen, ebenso verschiedene Gesundheitsrisiken und Präventionsmassnahmen. Mit der so erlangten Kompetenz könnte letztlich auch dazu beigetragen werden, dass weniger Besuche in Notfall- und Arztpraxen notwendig würden. Wie bereits erwähnt, spricht das vorliegende Postulat ein wichtiges Thema an, jedoch wäre ein Vorstoss nur zu dieser einen Krankheit nach Sven Inäbnits Meinung unangebracht. Unsere Anstrengungen sollten dahingehen, eine erhöhte Gesundheitskompetenz und eine ganzheitliche Betrachtung unseres Körpers aufzubauen.

**Michael Bürgin** (Grüne) betont, das Postulat verlange nur, dass Informationen zum Thema Endometriose an den Schulen verbreitet werden. Das Thema wird weder im Bildungsgesetz festgeschrieben, noch wird es geprüft oder unterrichtet. Michael Bürgin meint, die Schulen seien ein guter Ort, um Jugendliche auf Gesundheitsaspekte zu sensibilisieren, daher unterstützt er den vorliegenden Vorstoss.

**Anita Biedert** (SVP) findet es heikel, sich als Nicht-Fachmensch zu äussern, trotzdem möchte sie einige Aspekte zu diesem Thema vorbringen. Bei der Endometriose handelt es sich um verschleppte Schleimhaut aus der Gebärmutter aufgrund einer Fehlanlage oder einer Operation. Festgestellt werden kann dies nur mittels Ausschlussdiagnose, da die Krankheit nicht im Ultra-

schall ersichtlich ist, ausser im Falle einer eingebluteten Zyste im Eierstock. In der Schule kann man dies bemerken, wenn ein Mädchen aussergewöhnliche Schmerzen hat, verbunden oftmals mit verstärkten Blutungen.

Ein Postulat zum Thema Endometriose allein erachtet Anita Biedert als weniger angebracht, jedoch haben die Schulen einen gesundheitsfördernden Auftrag und die Lehrerschaft sollte daher für das Thema sensibilisiert werden. Bei aussergewöhnlichen Schmerzen sollte das betroffene Mädchen auf die Problematik aufmerksam gemacht und ein Arztbesuch empfohlen werden. Die im Postulat ebenfalls angesprochene Ärzteschaft muss sich nicht von der Politik vorschreiben lassen, sich des Themas speziell anzunehmen. Es existieren ausreichend Fachsymposien und das notwendige Fachwissen ist auf jeden Fall vorhanden.

**Andreas Bammatter** (SP) weist darauf hin, dass der Kanton zwei Beratungsstellen für Schwangerschaft und Beziehungsfragen unterhalte. Dort werden Informationen zu verschiedene Themen auch für Jugendliche altersgerecht aufbereitet, beispielsweise Informationen zur Menstruation. Vor allem Sekundarschulen laden im Rahmen von Projekttagen immer wieder Fachpersonen ein, welche zu den entsprechenden Themen Auskünfte erteilen. Die genannte Beratungsstelle ist unter [BSB-bl.ch](http://BSB-bl.ch) abrufbar. Damit stellt der Kanton bereits heute einen niederschweligen Zugang zu wichtigen Gesundheitsthemen sicher.

**Florian Spiegel** (SVP) macht Regierungsrat Thomas Weber sicherlich keinen Vorwurf. Ihm geht es darum festzuhalten, dass der Regierungsrat in seiner Antwort im Grunde aufzeige, dass es mit den heutigen Massnahmen und Angeboten noch nicht getan sei. An Christina Jeanneret-Gris (FDP) gerichtet meint er, seine Aussagen beruhen nicht auf «Dr. Google», er werde Christina Jeanneret-Gris' Votum jedoch gerne an die Betroffenen und die entsprechenden Fachärztinnen und -ärzte weiterleiten. Sven Inäbnits (FDP) Aussage betreffend die grosse Zahl an Krankheiten ist korrekt, bei der nun hervorgehobenen Endometriose geht es allerdings um die Schnittmenge zwischen der Anzahl an Betroffenen und der langen Zeitdauer, bis es zur Diagnose kommt. Diese Schnittmenge hat Florian Spiegel zur Einreichung des vorliegenden Postulats bewogen. Die aktuelle Diskussion zeigt, dass alle das Gefühl haben, es funktioniere alles bestens, dies ist aber nicht der Fall. Die vom Votanten kontaktierten Fachärztinnen und -ärzte sagen einstimmig, heute werde zu wenig über die Krankheit informiert. Daher wäre es jetzt richtig, die Situation zu nutzen und sich beispielsweise dem bestehenden Projekt in BS anzuschliessen. Aufgrund des vorliegenden Postulats sollen Möglichkeiten aufgezeigt werden, wie der Kanton die Aufklärung und den Informationsfluss verbessern kann. Florian Spiegel dankt allen Landrätinnen und Landräten, welche sein Anliegen unterstützen, und wünscht allen anderen dennoch schöne Weihnachten.

://: Mit 52:29 Stimmen bei 3 Enthaltungen wird das Postulat abgelehnt.

---